

Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt und Stalking

Interventionsstelle gegen
häusliche Gewalt und
Stalking
Helmut- Just- Straße 4
17036 Neubrandenburg
0385/ 521 905 41

Ministerium für Justiz, Gleichstellung und
Verbraucherschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Justizministerin Jacqueline Bernhardt

19048 Schwerin

Neubrandenburg,
08.11.2022

Betreff: Offener Brief der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt und Stalking bezugnehmend auf den Femizid in der GU in Barth am 12.10.2022

Sehr geehrte Frau Ministerin Bernhardt,

am 12.10.2022 wurde eine Frau in der Gemeinschaftsunterkunft in Barth von ihrem Ehemann getötet.

Wir sehen es als Aufgabe der Landesregierung, auf eine solche Gewalttat zu reagieren. Darüber hinaus ist es notwendig die bestehenden Strukturen zur Beratung und dem Schutz von Betroffenen von häuslicher Gewalt und Stalking entsprechend den Vorgaben der Istanbul-Konvention auszustatten.

Aktuell fehlen im System der Beratungseinrichtungen erhebliche Ressourcen zur Beratung von Menschen im Bereich Asyl, Migration, aber auch allgemein von Menschen mit geringen sprachlichen Kompetenzen. So braucht es professionelle Sprachmittlung für professionelle Beratung. Dies ist aktuell von den Interventionsstellen weder personell noch finanziell zu leisten.

Die Istanbulkonvention gegen Gewalt an Frauen und Mädchen sichert allen Betroffenen Unterstützung und Beratung zu; im Bereich Migration und Asyl wird hier aus unserer Sicht eine große Betroffenengruppe systematisch ausgespart – der Bericht des Expertenausschusses (GREVIO) zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats (Istanbul-Konvention), veröffentlicht am 07.10.2022, weist in diesem Punkt ebenfalls auf bestehende Lücken in der Umsetzung der Istanbulkonvention.

Aus diesem Grund wenden wir uns an Sie als Verantwortliche mit der Bitte und dem dringenden Aufruf, das Hilfesystem zur Beratung und zum Schutz der Betroffenen von häuslicher Gewalt, Stalking, sexualisierter Gewalt und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung und Zwangsverheiratung endlich angemessen personell und finanziell auszustatten, was in jedem Fall ebenfalls die Kosten für professionelle Sprachmittlung einschließt.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Marschner-Gratz
Sprecherin der LAG der Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt und Stalking